



Foto: Chambre des députés

Einige der Parlamentsmitglieder

Seit 2008

Das Jugendparlament wurde mit dem Jugendgesetz vom 4. Juli 2008 ins Leben gerufen. Zielsetzung war und ist, Jugend und Politik einander näherzubringen und die jungen Menschen stärker in die Gesellschaft einzubinden. Das Jugendparlament richtet sich an alle Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren. Jedes Mitglied des Parlaments muss mindestens in einer der zu Beginn des parlamentarischen Jahres ins Leben gerufenen Kommissionen mitwirken. Im Laufe des Jahres werden in diesen Kommissionen Gutachten und Resolutionen zu wichtigen, selbst festgelegten Themen erstellt. Anlässlich des Abschlussgipfels werden Resolutionen und Gutachten dann definitiv verabschiedet und den politischen Akteuren zugestellt. Zwischen November und Februar werden den Mitgliedern des Parlaments Kurse in Rhetorik und Bürgerkunde angeboten.

Politik auf gleicher Höhe

JUGENDPARLAMENT Resolutionen zur Türkei, Jugendbeteiligung und Sprachen

Serge Kennerknecht

In seiner Abschluss-Session hat das Luxemburger Jugendparlament drei wichtige Resolutionen festgehalten. Im Zusammenhang mit einem eventuellen Beitritt der Türkei in die Europäische Union erwartet das Jugendparlament u.a. klare Signale für den Willen der Türkei, der EU auch wirklich beitreten zu wollen.

In einer zweiten Resolution wird u. a. ein verbesserter Englischunterricht an den Luxemburger Schulen gefordert, wobei auch das Luxemburgische nicht zu

kurz kommen sollte. Letztendlich soll der Unterricht in Bürgerkunde ausgebaut werden, damit die Jugendlichen im Lande stärker für die Politik interessiert werden (siehe unten).

Die drei Resolutionen, die von der Vollversammlung des Jugendparlaments bereits am 12. Juli gutgeheißen wurden, standen gestern im Mittelpunkt eines Austausches mit mehreren Abgeordneten, ihrerseits Mitglieder der Präsidentenkonferenz, der Kommission für auswärtige Angelegenheiten sowie der Erziehungs- und Jugendkommission des Luxemburger Parlaments auf Knuedler.

Die aufschlussreichen Diskussionen wurden geleitet von Eli-

sha Winkel, Präsident des Jugendparlaments, und seinem Homologen, Mars di Bartolomeo, Präsident des Luxemburger Parlaments.

Zum Schluss der Sitzung wurden mit der Arbeitslosigkeit und der Chancengleichheit zwei Themenbereiche vorgestellt, mit denen sich das neue Jugendparlament im Laufe des nächsten Jahres eindringlich befassen will. Bereits jetzt scheint klar, dass der Akzent beim Thema Arbeitslosigkeit besonders die Aspekte Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit berücksichtigen wird. Bei der Chancengleichheit dürfte es u.a. um die Themen Frauenquote und die Stellung der Frau im Berufsleben gehen.



Foto: Chambre des députés

Die Präsidenten: Mars di Bartolomeo und Elisha Winkel

Klare Signale erwartet

In seiner Resolution zum Beitritt der Türkei zur Europäischen Union fordert das Jugendparlament klare Zeichen für den Willen eines solchen Beitritts. Zudem könnte dieser nicht ohne vorherige Anerkennung von Zypern erfolgen.

Man habe den Eindruck, dass die Türkei zurzeit zögere, der EU wirklich beitreten zu wollen und erwarte daher klare Signale von türkischer Seite, dass das Interesse an einer konstruktiven Diskussion in diesem Sinne auch gegeben sei, heißt es in der Resolution, die auf verschiedene Aspekte der Türkei eingeht. So wird die Sorge über eine Gefährdung der Pressefreiheit ebenso angesprochen wie die Gewaltentrennung besonders mit Blick auf eine unabhängige Justiz.

Bedauert wird, dass die Türkei auf wirtschaftlicher Ebene von hohen Auslandsinvestitionen abhängig sei. Auch der Umgang mit der kurdischen und mit religiösen Minoritäten im Land wird kritisiert. Gegenüber der kurdischen PKK sollte die Gewaltspirale durchbrochen werden.

Positiv bewertet, wenn auch mit Abstrichen, wird die Haltung der Türkei in der Flüchtlingsfrage. Während die Resolution des Jugendparlaments immerhin noch empfiehlt, die Verhandlungen über die 34 Kapitel zum EU-Beitritt aufrecht-

zuerhalten, wenn die Türkei dies will, und auch wenn sich Vizepräsident Pierre-Antoine Klethi für eine Unterstützung aller demokratischen Kräfte einsetzte, waren in der Diskussion im Parlament seitens der Luxemburger Parlamentarier gestern ganz andere Töne zu hören.

So meinte der ADR-Politiker Fernand Kartheiser, man sollte einen Schlusstrich unter die Verhandlungen ziehen, ohne jedoch die wirtschaftlichen und militärstrategischen Interessen beider Seiten zu vergessen.

Laurent Mosar von der CSV erinnerte daran, dass ein Beitritt einem Vertrag gleichkomme und das Ganze nur funktioniere, wenn beide Seiten sich korrekt einbringen würden. Dem Wunschenken stehe eine knallharte Realität gegenüber. Alex Bodry (LSAP) führte an, dass weder die EU noch die Türkei zurzeit zur solchen Verhandlungen in der Lage seien. Die Türkei sei noch nicht bereit und die EU in einem desolaten Zustand.

DP-Politiker Eugène Berger meinte, ein solcher Beitritt sei ohnehin nicht für heute oder morgen. Man sollte jedoch nicht alle Bindungen zur Türkei kappen, weil sicher sei, dass man das Land in wichtigen Fragen wie der Flüchtlingskrise oder im Rahmen der NATO noch benötigen werde. SeK

Auch vor dem Hintergrund der Ablehnung der Referendumsfrage zu einem Senken des Wahlalters für Jugendliche fordert das Jugendparlament nun mehr Unterricht in Bürgerkunde. Politiker sollten sich nicht über die Jugendlichen stellen.

Es sei vielmehr wichtig, eine Kampagne in die Wege zu leiten, die den jungen Menschen verdeutlicht, dass die Politik mit ihnen auf gleicher Höhe verkehrt, forderte etwa Loris Laera. Bislang würden die Jugendlichen von der Politik allerhöchstens erreicht,

Der Englischunterricht an den technischen Sekundarschulen müsse intensiviert und an allen Sekundarschulen müsse allgemein mehr Wert auf die mündliche Ausdrucksfähigkeit gelegt werden, heißt es in der Resolution zum Umgang mit den Sprachen im luxemburgischen Schulsystem.

Ausgehend von der Feststellung, dass das Sprachniveau im Grundschulbereich sehr unterschiedlich sei und es Schwierigkeiten bereite, den Wechsel in den Sekundarbereich zu meistern, weil eben die Sprachen in den einzelnen Fächern wechseln, wird in der Resolution generell zu mehr Vereinheitlichung beim Sprachenunterricht aufgerufen. Ausgebaut und vertieft

Mehr Bürgerkunde

wenn in den sozialen Medien z.B. irgendwelche Rängeleien unter Parlamentariern gemeldet würden. Junge Leute würden sich in vielen Fällen nur wenig für Politik interessieren, weil sie nicht wüssten, um was es gehe, meinte auch Melanie Sanches.

In den Schulen liege es oft nur an der Präsentation des Faches Bürgerkunde, ob Interesse für die Politik geweckt werde oder auch nicht. In der Resolution wird festgehalten, dass der aktuelle Unterricht wenig zur Bildung eines kritischen Geistes von Jugendlichen

beitrage. Gefordert wird, dass Bürgerkunde bereits zwei Jahre früher an Schulen unterrichtet wird und dass in den beiden Abschlussklassen der jeweiligen Sekundarstufen mehr Raum für Gespräche und Begegnungen mit politischen Akteuren gelassen werde. Auch der Kontakt zu Nichtregierungsorganisationen sollte breiter gestreut sein. LSAP-Fraktionschef Alex Bodry seinerseits unterstrich, dass man die lokale Ebene mit Gremien wie den Jugend-Gemeinderäten nicht außen vor lassen sollte. SeK

Sprachen und ihre Anwendung

werden soll auch der Luxemburgisch-Unterricht.

Dabei sollte verstärkt berücksichtigt werden, dass eine Sprache auch etwas über die „Seele“ eines Landes aussagt, wie es Imma Keza Ornella festhielt.

Dass diese Resolution einen Kompromiss darstellt, ergab sich aus den Diskussionen. So wird in der Resolution festgehalten, dass man die Hilffsprachen in den Nebenfächern im oberen Sekundar-Zyklus auswählen können sollte.

Zuerst zwischen Französisch und Deutsch, später solle Englisch hinzukommen. In der Diskussion verwies Imma Keza Ornella darauf, dass es organisatorisch sehr schwer sein werde, allen Wünschen Rech-

nung zu tragen. Unterstützung erhielt sie von der CSV-Politikerin Martine Mergen, die festhielt, dass es in der Tat eine Zeit für das Erlernen der Sprache gebe, dass über den Weg der Sprachen aber auch Inhalte vermittelt werden müssen.

Während Fernand Kartheiser von der ADR es begrüßte, dass das Erlernen von drei Sprachen in Luxemburg positiv für die kulturelle und geistige Entwicklung sei, das Luxemburgische jedoch als Integrations-sprache angesehen werden müsse, unterstrich Alex Bodry von der LSAP, dass die Mehrsprachigkeit im Großherzogtum einer der wichtigsten Vorteile für den Wirtschaftsstandort Luxemburg sei. SeK